

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Verlag: Halle, Postfach 100, 1929. Preis: 15 Pf. pro Quartal. Bestellen: Buchhandlung „Der rote Stern“.

Der rote Stern

Verlag: Halle, Postfach 100, 1929. Preis: 15 Pf. pro Quartal. Bestellen: Buchhandlung „Der rote Stern“.

Preis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 19. November 1929

9. Jahrgang Nr. 255

Nach dem Wahlkampf

Lohnbetrug bei der Mansfeld U.-G.

Schiedsgerichtsverfahren des Schlichters — Alles bleibt wie es war — Voller Sieg der Mansfeld U.-G. bindet unter Führung der Opposition die Kündigungsaktion mit der Wahl von Kampfleitungen

Organisiert den Streik! . . .

Wahlen sind vorbei. Was wir in Bezug auf die mittel- und langfristige Entwicklung der Arbeiterbewegung, besonders aber die bei der Mansfeld U.-G., vorausgesetzt haben, ist eingetroffen:

Das Schlichterverfahren ist am Tage nach den Wahlen geschlossen worden!

(MHB.) Halle, 18. November. Die Wahlen sind vorbei. Was wir in Bezug auf die mittel- und langfristige Entwicklung der Arbeiterbewegung, besonders aber die bei der Mansfeld U.-G., vorausgesetzt haben, ist eingetroffen: Das Schlichterverfahren ist am Tage nach den Wahlen geschlossen worden!

Der Lohn- und Tarifstreik bei der Mansfeld U.-G. hat ein Schlichterverfahren gezwungen, nach dem die bisherige Regelung der Löhne und der Arbeitszeit bis 31. Januar 1930 unverändert bestehen bleibt. Die Verhandlungen sind bis Freitag, den 22. November, abgeschlossen.

Die Wahlen sind vorbei. Was wir in Bezug auf die mittel- und langfristige Entwicklung der Arbeiterbewegung, besonders aber die bei der Mansfeld U.-G., vorausgesetzt haben, ist eingetroffen: Das Schlichterverfahren ist am Tage nach den Wahlen geschlossen worden!

Die Gewerkschaftsführer ihre starken Worte vergessen haben und alles tun, um das Diktat der Schlichtungsinstanzen unter den Mansfelder Arbeitern durchzusetzen.

Der Kampf ist die einzige Möglichkeit, die Forderungen im Mansfelder Bergbau durchzusetzen.

Zwar soll der bisherige Tarif nur bis 31. Januar 1930 verlängert werden, damit die Gewerkschaftsführer den Arbeitern ersparen können, diesmal müssen wir uns mit dem Schlichterentscheidungen geben, aber wir haben Zeit zum Nachdenken. Am 30. Januar werden wir den Kampf aufnehmen! Dann, so hofft man schließlich, werden die großen Worte aus dem Wahlkampf vergessen sein, dann wird es den Gewerkschaftsführern vielleicht leichter sein, als heute, den Kampf zu verhindern.

Die Mansfelder Arbeiter dürfen sich nicht irren lassen. Sie haben immer deutlicher erklärt, daß sie gewillt sind, für ihre Forderungen in den Streik zu treten. Vielfach haben sie die Bildung der von der Opposition geforderten selbständigen Kampfleitungen deswegen noch nicht durchgeführt, weil sie doch noch eine letzte Hoffnung an den Kampfwillen der Gewerkschaftsführer hatten.

Anstatt dieses offenen Zusammengehens zwischen Arbeit, Staat und Gewerkschaften bleibt unabhängig vom Kampftermin als eiserne Notwendigkeit die Bildung selbständiger und von allen gewählter Kampfleitungen auf allen Gebieten, ihre Zusammenfassung in Kampfdelegiertenkonferenzen und die Organisierung und Durchführung des Streiks durch diese Organe gegen den Willen der mit dem kapitalistischen Staat verflochtenen Gewerkschaftsbürokratie.

Für diesen Weg sprach sich, wie nachstehende Meldung zeigt, im Braunkohlenbergbau auch die Versammlung der Grube Klara bei Gröbers aus.



Massenantrag zur Aufnahme in die Partei im Sekretariat der KPD, Bezirk Berlin-Mitte. Auch jeder Kasse bewußte Arbeiter Mitteldeutschlands meldet sich sofort als Mitglied

Die Kommunisten bei den Gemeindevahlen

Vom kommunistischen Pressebüro wird uns geschrieben: Noch lassen sich die Resultate der Gemeindevahlen in allen ihren Einzelheiten nicht überblicken, doch sieht sich, das es ununter Partei gelungen ist, weitere Fortschritte zu machen. Wir haben nicht nur in einer großen Anzahl Gemeinden, in denen wir bisher noch nicht vertreten waren, eine Anzahl Mandate auf Parteilisten oder roten Arbeiterlisten erreicht, sondern unsere Mandatszahlen in den meisten Provinziallandtagen erhöht. Allerdings gibt es auch eine Reihe Verluste, von denen die Verluste im Arbeiterland Sachsen am schwersten wiegen. In diesem Lande haben auch die Nationalsozialisten die größten Fortschritte gemacht. Eine Gelegenheit, über die die Gesamtpartei nicht hinweggehen kann, ohne ernstliche politische Konsequenzen zu ziehen.

Die Resultate der Wahlen sind, wie schon gesagt, nicht einheitlich und nur in ihrem Gesamtresultat kann man deutlich die Tendenz unseres Vorrückens verfolgen. In vielen Orten und in großen Gebieten ist die Einheitsliste der Tendenz durch besondere Umstände abgelehrt oder sogar geändert. Am deutlichsten tritt unser Sieg in Berlin und Umgebung zu Tage. Hier hat die Partei gegenüber der letzten Gemeindevahl ihre Mandatszahl bei einer gleichzeitigen Steigerung der Wahlbeteiligung von 43 auf 66 steigern können, während die sozialdemokratischen Mandate von 73 auf 65 zurückgingen. Das ist ein sehr hoch zu schätzender Erfolg unserer Partei und ein schwerer Verlust für die Sozialdemokratie.

Auch in einer ganzen Reihe von Provinzialstädten haben wir sehr gute Erfolge. Voraus erklären sich nun aber in der Hauptsache die rückläufigen Tendenzen in anderen Gebieten? Sie haben verschiedene Ursachen, die wir im einzelnen an konkreten Untersuchungen analysieren müssen. Das kann nicht in diesem Artikel geschehen. Hier sollen vorerst nur einige der wichtigsten Umstände genannt werden. Es geht für die Gemeindevahlen allgemeine Vergleichsziffern, wie das zwischen Reichstagswahlen z. B. der Fall ist. In den meisten Gemeinden fanden die Wahlen zugleich mit den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 statt. Das war der Niedrigstand einer akut revolutionären Situation, in der die Arbeiter und die Kleinbürger noch außerordentlich erregt waren über die Berendenspolitik durch den Inflationssturz von 1923 und über die sozialdemokratische Verräterpolitik, die damals den Arbeitern den Abstammungslager raubte. So wurden beispielsweise unmittelbar vor der Wahl im Mai 1924 die großen Streikbewegungen der Metallarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und die der Bergarbeiter von Obersachsen, Ruhrgebiet und Sachsen abgemildert. Daher die Rekordziffern der kommunistischen Partei bei den Reichstags- und Gemeindevahlen im Mai 1924. Inwiefern die damaligen Gewinne nur Stimmungsgewinne waren, zeigt schon die Dezemberwahlen zum Reichstag 1924. Im Mai d. J. hatte die Sozialdemokratie ob ihrer verräterischen Politik eine ganz andere katastrophale Niederlage in allen Orten erlitten.

Bei den Berliner Gemeindevahlen im gleichen Jahre gab es ganz andere Resultate als im Mai. Die Sozialdemokratie konnte weit über

. . . auch im Braunkohlenbergbau

Grube „Klara“, Gröbers, steht zu den Forderungen der Opposition

In mehreren Belegschaftsversammlungen der Bergarbeiterführer Wolfram aus Halle sich eine Niederlage abgesehen Bezirksleiter Hesse im Bezirk tätige Bergarbeiter Dito Berg in einer Belegschaftsversammlung der Grube Klara bei Gröbers den Kurs des Drehens vor dem Unternehmertum zu machen.

Die Diskussion sprachen mehrere oppositionelle Genossen und die Linie der Gewerkschaftsopposition auf. Neben dem auch der Genosse Dito Schlag zu Wort. Die Beschlüsse der Bezirkskonferenzen, aus falschen Gründen, die sich gegen die Gewerkschaften eintraten, und Herr Dito Schlag gegen Genossen Schlag rebete, gelangte folgende Beschlüsse der Belegschaftsversammlung der Grube Klara bei Gröbers in der gezeigten Lohnverhandlung für den Braunkohlenbergbau.

Die Beschlüsse der Belegschaftsversammlung der Grube Klara bei Gröbers sind die völlig ungenügende Mobilisierung der Belegschaften durch die Gewerkschaften, besonders infolge der über und Lohnforderungen, geht der Unternehmer zur über und Lohn jedes Zugeständnis ab.

Die Beschlüsse der Belegschaftsversammlung der Grube Klara bei Gröbers sind die völlig ungenügende Mobilisierung der Belegschaften durch die Gewerkschaften, besonders infolge der über und Lohnforderungen, geht der Unternehmer zur über und Lohn jedes Zugeständnis ab.

Kampf und Streikleitungen zu wählen sowie die Kündigungsaktion hundertprozentig zu unterstützen.

Eine Mobilisierung der Belegschaften kann nicht nur in Mitgliederversammlungen durchgeführt werden, wie dieses die Gewerkschaftsbürokratie will, sondern hat auch in öffentlichen Bergarbeiter- und Belegschaftsversammlungen zu geschehen.

Organisierte und unorganisierte gehören in eine Kampffront für die Forderungen der Opposition!

Eine von der Verbandsleitung vorgelegte Entschliessung wurde abgelehnt und damit vorstehende mit großer Mehrheit angenommen.

Immer mehr macht sich die Zusammenfassung der Bewegung im Braunkohlenbergbau mit der bei der Mansfeld U.-G. notwendig. Die Kündigungsaktion im Braunkohlenbergbau, die von der Gewerkschaftsbürokratie als Verschleppungs- und Abwürgungsmaßnahme gedacht ist, muß unter energischer Führung der Opposition zu einem hundertprozentigen Argument für den Kampf gemacht werden. Das geschieht dadurch, daß sie gleichzeitig mit einer Kampagne für die Wahl von Streikleitungen geführt wird.

Nur wenn in Betrieb für Betrieb, Grube für Grube von allen Kameraden Kampffronten unter oppositioneller Führung gebildet werden, nur wenn die Entschliessungen über das Wahl und Wege der Bergarbeiter aus den dampfen Verhandlungsräumen der Schlichtungsinstanzen in die Konferenzlokale der Delegiertenkonferenzen gelegt werden, und damit unter Kontrolle und nach dem Willen der Belegschaften selbst zustande kommen, ist ein erfolgreicher Ausgang der Lohnbewegung im mitteldeutschen Erz- und Braunkohlenbergbau möglich!

Die Beschlüsse der Belegschaftsversammlung der Grube Klara bei Gröbers sind die völlig ungenügende Mobilisierung der Belegschaften durch die Gewerkschaften, besonders infolge der über und Lohnforderungen, geht der Unternehmer zur über und Lohn jedes Zugeständnis ab.

Zettel mit den Köhler, Dreißer und König

Die Beschlüsse der Parteikonferenz der KPSU...
am Freitag Stellung zur Lage im DMR. Nach aus-
drücklicher Zustimmung wurde eine Entschließung angenommen, in der
folgendes heißt:
„Wir nehmen wie Kenntnis von den Vorgängen in
Moskau in S. 111. Wir fordern, daß die rechtmäßige
Verammlung der Partei antrete. Wenn trotz der
Verammlung wieder opportunistische Kräfte genötigt
werden, daß nun endlich die Köhler, Dreißer und König
abgesetzt werden müssen. Nur dann können wir neue
Wahl zum DMR gewinnen.“

Abweisung der Streikleitung von Holgorjaran

(Zusatzr.) Wien, 18. November.
Die Streikleitung der Holgorjaran...
die Regierungsgewalt und trenn der Manöver der re-
volutionären Gewerkschaftsführer, die den Streik mit allen Mitteln
aufrecht zu erhalten bestrebt sind, mit unermüdlicher
Anstrengung und mit der Verhaftung der Streikleitung war-
den. Die Streikleitung wurde abgewiesen und die Arbeiter
zur Arbeit zurückgeführt. Die Streikleitung wurde abgewiesen
und die Arbeiter zur Arbeit zurückgeführt. Die Streikleitung wurde
abgewiesen und die Arbeiter zur Arbeit zurückgeführt.

Abweisung gegen das ungarische Kerkerregime

(Zusatzr.) Wien, 18. November.
Die Abweisung gegen das ungarische Kerkerregime...
die revolutionären Arbeiterbewegungen, die die ungarische
Kerkerregime abgewiesen. Die revolutionären Arbeiterbewegungen
haben die ungarische Kerkerregime abgewiesen. Die revolutionären
Arbeiterbewegungen haben die ungarische Kerkerregime abgewiesen.

Die Arbeiterdelegationen in Chartow

(Zusatzr.) Chartow, 18. November.
Die Arbeiterdelegationen in Chartow...
die Arbeiterdelegationen in Chartow. Die Arbeiterdelegationen
in Chartow haben die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen.
Die Arbeiterdelegationen in Chartow haben die Arbeiterdelegationen
in Chartow abgewiesen. Die Arbeiterdelegationen in Chartow
haben die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen.

Wettbewerb Berlin - Chartow

(Zusatzr.) Chartow, 18. November.
Der Wettbewerb Berlin - Chartow...
der Wettbewerb Berlin - Chartow. Der Wettbewerb Berlin - Chartow
hat die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen. Der Wettbewerb
Berlin - Chartow hat die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen.

Die Parteiorganisationen der KPSU. nehmen Stellung:

Gegen die rechten Opportunisten

(Sig. Ber.) Moskau, 18. November.
Das Plenum des ZK der KPSU...
das Plenum des ZK der KPSU. Das Plenum des ZK der KPSU
hat die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen. Das Plenum
des ZK der KPSU hat die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen.

(Zusatzr.) Moskau, 18. November.
Das ZK der KPSU...
das ZK der KPSU. Das ZK der KPSU hat die Arbeiterdelegationen
in Chartow abgewiesen. Das ZK der KPSU hat die Arbeiterdelegationen
in Chartow abgewiesen.

Das Plenum des Parteikomitees von Odesa...
das Plenum des Parteikomitees von Odesa. Das Plenum des Parteikomitees
von Odesa hat die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen. Das
Plenum des Parteikomitees von Odesa hat die Arbeiterdelegationen
in Chartow abgewiesen.

Das Parteikomitee von Tscheljabinsk...
das Parteikomitee von Tscheljabinsk. Das Parteikomitee von Tscheljabinsk
hat die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen. Das Parteikomitee
von Tscheljabinsk hat die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen.

Die Parteikomitees der KPSU...
die Parteikomitees der KPSU. Die Parteikomitees der KPSU
haben die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen. Die Parteikomitees
der KPSU haben die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen.



James W. Good, Mitglied der KPSU.

Das Parteikomitee der KPSU...
das Parteikomitee der KPSU. Das Parteikomitee der KPSU
hat die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen. Das Parteikomitee
der KPSU hat die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen.

„Entweder — oder“

Moskau, 18. November.
In einem Leitartikel...
in einem Leitartikel. In einem Leitartikel wird die Arbeiterdelegationen
in Chartow abgewiesen. In einem Leitartikel wird die Arbeiterdelegationen
in Chartow abgewiesen.

Durchführung des Fünfjahresplanes in vier Jahren

(Zusatzr.) Leningrad, 18. November.
Die Durchführung des Fünfjahresplanes...
die Durchführung des Fünfjahresplanes. Die Durchführung des Fünfjahresplanes
in vier Jahren wird abgewiesen. Die Durchführung des Fünfjahresplanes
in vier Jahren wird abgewiesen.

Einzig politische Wahlkämpfe

Genosse Grigor Solomin...
Genosse Grigor Solomin. Genosse Grigor Solomin hat die Arbeiterdelegationen
in Chartow abgewiesen. Genosse Grigor Solomin hat die Arbeiterdelegationen
in Chartow abgewiesen.

Die Durchführung des Fünfjahresplanes...
die Durchführung des Fünfjahresplanes. Die Durchführung des Fünfjahresplanes
in vier Jahren wird abgewiesen. Die Durchführung des Fünfjahresplanes
in vier Jahren wird abgewiesen.

Das Parteikomitee der KPSU...
das Parteikomitee der KPSU. Das Parteikomitee der KPSU
hat die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen. Das Parteikomitee
der KPSU hat die Arbeiterdelegationen in Chartow abgewiesen.

Die Durchführung des Fünfjahresplanes...
die Durchführung des Fünfjahresplanes. Die Durchführung des Fünfjahresplanes
in vier Jahren wird abgewiesen. Die Durchführung des Fünfjahresplanes
in vier Jahren wird abgewiesen.

Die Republik der Strolche

Die Republik der Strolche...
die Republik der Strolche. Die Republik der Strolche hat die Arbeiterdelegationen
in Chartow abgewiesen. Die Republik der Strolche hat die Arbeiterdelegationen
in Chartow abgewiesen.

Die Republik der Strolche

Die Republik der Strolche...
die Republik der Strolche. Die Republik der Strolche hat die Arbeiterdelegationen
in Chartow abgewiesen. Die Republik der Strolche hat die Arbeiterdelegationen
in Chartow abgewiesen.

Die Republik der Strolche

Die Republik der Strolche...
die Republik der Strolche. Die Republik der Strolche hat die Arbeiterdelegationen
in Chartow abgewiesen. Die Republik der Strolche hat die Arbeiterdelegationen
in Chartow abgewiesen.

DER ROTE GEWERKSCHAFTS-ARBEITER

Nr. 255 — Dienstag, 19. November 1920

Schließt die Reihen fester

Gewerkschaftsopposition ruft zum Kampf! Am 30. November Dezember findet der Reichstagskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Berlin statt. Dort wird zu allen Fragen und zu den in der jetzigen Situation vor der Bewegung stehenden Aufgaben Stellung genommen. Nicht zufällig haben nicht Staatsbeamte der Trübsbourgeoisie, nicht Reichsbeamte und Minister werden auf diesem Kongreß zur Stellungnahme Stellung nehmen, wie es auf den Gewerkschaftskongressen der Fall war, sondern die Arbeiter aus dem Gewerbe, die die Wirtschaftskrise der Gewerkschaften in den Händen der Arbeiterinnen werden gemeinsam mit den Delegierten der Gewerkschaftsopposition beraten und das Ergebnis der Kongresse in Beschlüssen festlegen.

Reichstagskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition eine wichtige Etappe im Kampf gegen den Reformismus erreichen. Alle Aufmerksamkeit muß sich deshalb auf diesen Kongreß richten. Die ganze Arbeiterkraft muß diesen Kampf mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen und zu seiner Verbreiterung beitragen. Alle Betriebe, die noch nicht zum Reichstagskongreß Stellung genommen haben, müssen das nachholen. Alle Betriebe müssen einen Vertreter zu diesem so wichtigen Kongreß entsenden.

Wählt die Vertreter der gewerkschaftlichen Massenbewegungen zu universitären Gruppen im Klassenkampf. Es geht um die Bekämpfung der reformistischen Verräter aus der Führung der Arbeiterbewegung. Es geht um die Konzentration aller revolutionären Kräfte!

Nehmt Stellung! Wählt Delegierte!

Unsere Delegierten schreiben aus Moskau

Ein Brief der Rußland-Delegierten Gierisch und Schmidt

Redigierend veröffentlicht wir einen Brief des Arbeiterdelegierten nach der Gewerkschaft, der Delegierten, Gierisch und Schmidt, die in Moskau auf der Gewerkschaften Tagung teilgenommen haben.

Wiele Konferenzen, Demonstrationen und Versammlungen haben sich schon mitgemacht. Was ich aber davon in der U.S.S.R. sah, ließ in keinem Vergleich damit. Ich will zuerst unsere Reise kurz schildern.

Unter Abbruch vom Sächsischen Bahnhof in Berlin wurde von der Berliner Arbeiterkraft zu einer großen Demonstration brüderlicher Solidarität der Arbeiterklasse ausgeschickt. Unter dem Namen Rot-Front-Krieg und dem Gesang der Internationale fuhr der Zug aus der Halle. Auch Jürgel hatte ein Kommando seiner Brüder geführt, die neben uns und ab ranneten. Wir nahmen gerne Abschied von den Gummistiefeln.

Auf der Fahrt durch Polen begegneten wir den mißtraulichen Blicken der Soldaten des Militärs. In der Sowjetunion brauchte man nicht erst zu fragen, in welches Land wir eintraten. Das Wahrsprechen der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion, Eisel und Hammer, zeigten uns das deutlich über dem großen Einmangator in das Arbeiter-Paradiesland.

In Kasan, der ersten Station auf Sowjetgebiet, wurden wir aus warmen und willigen Arbeitern und Soldaten empfangen. Während unseres einwöchigen Aufenthaltes sprachen wir mit den Arbeitern und legten ihnen klar, weshalb wir gekommen waren

und daß wir einen roten Wettbewerb abschließen wollten. Immer wieder wurden die Antritte durch spontane Hochrufe unterbrochen. Abends 9 Uhr verließen wir diese Station. Am anderen Morgen befanden wir uns mitten drin in dem pulstenden Leben der Sowjetunion, welche den fünfjahresplan verwirklicht. Bahnbau, Kanalisierung, Bau von Wohnhäusern, alles das waren uns sichtbar vorzuführen.

Die Arbeiter in Moskau, wo viele Tausende Arbeiter sich zu unserem Empfang eingefunden hatten, machte auf jeden Delegierten einen so gewaltigen Eindruck, daß jeder gelobte, sich noch mehr als bisher revolutionär zu betätigen. Über eine Stunde dauerte diese Massenführung. Nachdem wir Quartier bezogen und Mittagstret eingenommen hatten, besichtigten wir das Revolutionsmuseum. Etwas Wertvolleres kann es nirgendwo geben für einen Arbeiter. Wir werden darüber genau berichten, wenn wir zurück kommen.

Die Delegierten können sich keine Ruhe. Mit revolutionärer Überzeugung gehen sie einhält an ihre Arbeit.

Wir bestimmen fester, wofür wir wollen, und welche Betriebe beschützt werden sollen.

Die Deuna-Delegation ist am Abend sofort nach Leninrad gefahren, um ihren Beitrag über den Wettbewerb mit den Chemikern der Sowjetunion zu unterbreiten. Die Arbeitzeit beträgt im allgemeinen sieben bis acht Stunden. Alle fünf Tage ist eine Ruhezeit, alle vier Tage Arbeit und dann ein Tag Ruhe.

In der ganzen Stadt wurde zur Zeit unserer Anwesenheit zur 12. Revolutionsfeier gefeiert, um parts Moskau in rotes Licht und rote Farben zu tauchen. Betriebe, Schulen, Partei, Genossenschaften, Gewerkschaften, Kollektiven, Feuerwehr, Rote Armee usw., alle beteiligte sich mit Ausschmückungsarbeiten bis in die tiefste Nacht hinein. Moskau ist rot. Auch Halle muß rot sein und bleiben.

Wir rüsten von hier aus im Einverständnis mit der Deuna-Delegation an die altsowjetische Arbeiterkraft des Bezirks Halles Vererbung die Aufforderung, unermüdetlich am Aufbau der roten Massenfront zu arbeiten. Vorwärts zum Kampf um die Befreiung des deutschen Proletariats.

Mit kommunistischen Gruß
Otto Gierisch, Karl Schmidt.

Vorwärts, Opposition im Bergbauindustrieverband!

Arbeiter und Gewerkschaftsbürokratie in einer Front — Kämpft gegen die Aushungerung!

Generalversammlungen und Ortsverwaltungswahlen im Bergbauindustrieverband rücken näher. Bei dieser Gelegenheit wird die der unüberbrückbaren Gegensätze zwischen der Politik der revolutionären Opposition und der wirtschaftsliberalen Politik bürokratischen Gewerkschaftsbürokratie ganz scharf aufgedeckt. Die unternehmerfreundliche Bürokratie weiß, daß die Opposition unauflöslichen Wachen begriffen ist. Darum sucht sie durch die Stimme der Opposition zu erlösen.

Die aufrechte revolutionäre Kämpfer wurden von den sozialdemokratischen Wählern willfürlich aus den Reihen der Organisation gelassen. Es muß eine Aufgabe aller ehrlichen Bergarbeiter der Generalversammlungen und Ortsverwaltungswahlen dazu werden, um gegen diese Ausbeutungspolitik zu protestieren und die Teilnahme der Ausschließlichen durchzusetzen.

Es muß mit anderen Methoden verfahren man, der wachsenden Krise der Bergbauindustrieverband. In einem Rundschreiben des Bergbauindustrieverbandes heißt es: Die Verarmung, Vertrauensverlust und Betriebskrise heißt es:

Wählt ihr auf der Generalversammlung in Magdeburg ein Komitee, das die Funktionäre noch aktiv werden beauftragt sein müssen. Mitglieder, welche gegenüber einem anderen Beruf ansitzen, können bei der Wahl zur Wahlberechtigung nicht in Frage kommen."

Es ist nun seitdem bekannt, daß die Unternehmer nur gegenüber Kameraden möglichen, die sich für die Interessen der Arbeiter ernüchert einsetzten. Wir brauchen nur auf die jüngste Zeitung hinweisen, nämlich die Entlassung des Betriebsrats der Zeche Ditzo Gierisch auf der Grube Paul, Wildbühn. Die gegenwärtigen die Abregelungen auf Grund von Zennungen der Sozialisten. Die eben jüngste Bestimmung, so daß die Ditzo Gierisch für den ersten Platz erscheinen mag, ist einseitig und allein gegen die oppositionellen Kollegen, die die Abregelungen gemäßigter werden. Darum muß diese Bestimmung bekämpft werden.

Die Wahl der Funktionäre muß danach entschieden werden, ob die zu wählenden Kameraden wirklich die Interessen der Belegschaften und der Gewerkschaftsmitglieder in allen Situationen rücksichtslos vertreten haben und auch in Zukunft dazu bereit sind.

Zum Schluß müssen wir die Bergarbeiter auf einen Umstand aufmerksam machen, der jedem Bergarbeiter zeigen wird, daß die Wahl von Sozialdemokraten und sozialdemokratisch eingestellten Delegierten sowie Ortsverwaltungsmitgliedern einfach Selbstmord bedeutet.

Die SPD. hat bekanntlich dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung und der Einschränkung der lokalen Ausgaben überaus nicht nur zustimmend, sondern selbst aktiv daran mit gewirkt. Die Auswirkungen zeigen sich an folgendem Beispiel zweier Ruhrbergarbeiter.

Der Bergbauarbeiter Spitzer, Herringen (Ruhrgebiet), mit sechs-köpfiger Familie bezog eine Knappschaftsrente von 101,45 RM. Es wurden ihm jetzt davon 71,45 RM an Erwerbslosenunterstützung angedreht.

Während dieser Invalide früher 20,25 Mark Erwerbslosenunterstützung erhielt, bekam er ab 1. November nur noch 3,75 RM.

Dafür muß der Betreffende viermal in der Woche von Herringen nach Peltum 1 1/2 Stunden zu Fuß zum Stempel laufen.

Ein Invalide in Bochum-Stempel bekam bisher wöchentlich 18 RM. Erwerbslosenunterstützung. Jetzt bekommt er noch jenseit und schreibt 4 RM. Eine große Anzahl Bergbauinvaliden bekommen überhaupt keine Unterstützung mehr.

Und diejenigen, die Euch das befehrt haben, sollt ihr Bergarbeiter als Eure Vertrauensleute wählen? Nie und nimmer! Wählt zur Generalversammlung und zu den Ortsverwaltungen nur oppositionelle Kandidaten.

Kohntampf im Handels- und Transporterwerbe

Der Deutsche Verkehrsband, Ortsverwaltung Halle, teilt uns mit: Der bisherige Kohntarif läuft am 30. November d. J. ab. Gezielte Lohnforderungen wurden von den Arbeitgebern rundweg abgelehnt, und sind die Parteiverhandlungen am 14. November gescheitert. Die Schlichtungsausschuss ist inzwischen zur Entscheidung angehalten worden.

Das nicht notausgehenden ist, wie der Tarifstreit zu Ende geführt werden muß, ist es dringend notwendig, daß alle im Handels- und Transporterwerbe Beschäftigten sich umgehend darum bemühen, daß die Anorganisierten in den Betrieben für die Organisation gewonnen werden. Nähere Auskünfte erteilt die Ortsverwaltung des Deutschen Verkehrsbandes, Halle a. S., Drangenbergstraße 101.

Wie der Tarifstreit zu Ende gehen wird, wenn man sich auf den Schlichtungsausschuss verläßt, ist vorauszuweisen. Es wird ein Hungerstreik für eine lange Zeit durchgeführt. Die Forderungen lassen sich nur durch Kampf durchbrechen, ihn gibt es wirklich ernsthaft zu organisieren. Ueber die Bewegung werden wir laufend berichten.

Aufgepaßt! Ungültige Sammelliste!

Die Sammelliste für den Reichstagskongreß der Gewerkschaftsopposition Nr. 1071 mit dem Stempel des Bezirks-Erwerbslosen-ausschusses ist verlorengangen. Von ihrem Auftauchen ist sofort Mitteilung zu machen. Beträge sind auf diese Liste nicht zu zahlen. Die Red.

Die stets gleichbleibende

JUNO

4.8 CIGARETTE

